52. Jahrgang. № 315. Mittwoch, 13. November 1907.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr: [illegible]

Anzeigen-Tarif: Annahme von Anzeigen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 5 Silben) 25 Pf., Vereinsanzeigen i. Redaktionsteil 20 Pf.; Gelegenheitsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 60 Pf. Zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familienanzeigen die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pfennige.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Telephon No. 9651 **Clichés** Autotypie-Zinkographie WERNER & ZILLER DRESDEN-A. für Cataloge Inserate Photo-Lithographie Zeichnungen

KIOS · WELT · MACHT Vornehmste 5 Pfg. Cigarette. Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios" o E. Robert Böhme, Dresden.

Hofphotograph Hahn Nachf., Ferdinandstrasse No. 11, zwischen Ferdinandplatz und Bürgerwiese. Gegründet 1851. Mehrfach prämiiert. Dutzend Visit M. 6, grössere Formate entsprechend. Spezialität: Lebensgrosse Porträts in Pastell etc. — Gruppen- und Kinderaufnahmen in besonders geeigneten Ateliers.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, regnerisch.

Die **Wahlrechtsfrage** wird voraussichtlich Ende November den Landtag beschäftigen.

Der **Kaiser** spendete für den Wiederaufbau des durch Blitzschlag zerstörten St. Katharinen-Kirchturmes in Danzig 60 000 Mark.

Die **Kaiserin** wird sich Ende der Woche nach Holland begeben.

Prinz Arnulf von Bayern ist Dienstag abend in Venedig gestorben.

In der Leitung des **Reichsschatzamtes** soll ein Wechsel bevorstehen.

Es verlautet, daß sich **General von Kessel**, der Kommandeur des Gardekorps, mit dem Gedanken trägt, seinen Abschied zu nehmen.

Kardinal-Erzbischof **Fischer** versuchte in Düsseldorf, seine Handlungsweise im Fall Schrörs zu rechtfertigen.

Die Einführung des **allgemeinen und direkten Landtagswahlrechts in Lippe-Schaumburg** wird offiziös angekündigt.

Gegen das **montenegrinische Fürstenhaus** soll ein **Bombenanschlag** geplant sein.

Die Etatberatung im Landtage

fließt noch immer mit ungeschwächter Kraft fort und wird wahrscheinlich erst heute zum Abschluß gebracht werden. Daß die Zweite Kammer diesmal so gründlich ihres prüfenden Amtes waltet, daß sie die doppelte Zeit wie im letzten Landtage auf die Erörterung des Staatshaushalts verwendet, hat seine guten Gründe. Bekanntlich muß sich die sächsische Volksvertretung noch in diesem Jahre darüber schlüssig machen, ob der im Jahre 1902 beschlossene und jetzt noch geltende erhöhte Einkommensteuertarif in Zukunft wie bisher weiter laufen soll, oder ob der 3prozentige Steuerzuschlag, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch wenigstens wesentlich herabgesetzt werden kann. Es ist nicht zu leugnen, daß bei der heutigen Wirtschaftslage mit ihrer Teuerung aller Existenzmittel dem Steuerzahler eine Erleichterung seiner Lasten wohl zu gönnen wäre, und so entbrannte denn auch bei den Kammerverhandlungen der Streit der Meinungen besonders um diesen Punkt. Man wies dabei auf die im Jahre 1904/05 erzielten glänzenden Ueberschüsse hin und auf den überall im Volke geäußerten Wunsch, eine Steuerermäßigung zu erlangen. Es sind auch nach dieser und jener Richtung hin Anregungen gegeben und Vorschläge gemacht worden, jedoch wird die kritische Hauptaktion naturgemäß erst einsetzen, wenn der Etat zur Durchberatung an die Finanzdeputation A gelangt. Hier muß allerdings alles daransetzt werden, um in sorgfältiger Prüfung genau festzustellen, ob von den vorsichtigen Berechnungen des Finanzministers etwas abzustreichen ist. Auf der rechten Seite des Hauses ist vornehmlich durch den Abgeordneten Dr. Spieß darauf hingedeutet worden, daß im Lande eine „ziemliche Enttäuschung" vorhanden wäre, weil der Etat die direkten Steuern wie früher eingestellt habe und die Einkommensteuergesetznovelle die Fortdauer des geltenden Tarifs verlange. Aber alle Abgeordneten, die sich zur Sache äußerten, kamen nicht um die Klippe herum, die darin besteht, daß für die nächste Zeit große Kultur-Aufgaben in Sachsen zu erfüllen und vor allem die Beamten- und Lehrerbesoldungen zu regeln sind. Die Ansprüche an den modernen Staat wachsen erfahrungsgemäß schneller als seine Einnahmen, deshalb sehen wir auch überall in deutschen Landen, wie die Einzelstaaten gezwungen sind, die Steuerschraube anzuziehen, um den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Es sei zum Beweise nur an Preußen erinnert, das trotz seiner guten Finanzlage sich infolge der geplanten Gehaltsaufbesserung seiner Beamten jetzt wohl oder übel wird entschließen müssen, den Steuertarif zu erhöhen. Man wird also auch in Sachsen kaum auf die bisherigen Steuererträgnisse verzichten können, da sie doch die Haupteinnahmequelle bilden, aber es bleibt zu erwägen, ob nicht dabei eine Revision der Steuerskala zu gunsten der unteren Steuerklassen vorgenommen werden kann. Es entspricht dem sozialen Zuge unserer Zeit und der Gerechtigkeit, daß die Lasten hauptsächlich auf die kräftigeren, tragfähigeren Schultern gelegt werden, und es ist mit Freude zu begrüßen, daß während der Etatberatungen bereits Anträge auf Erlaß der untersten Steuerklassen angekündigt wurden.

Wie schon bemerkt, bringt es neben anderen Staatsbedürfnissen hauptsächlich die Notwendigkeit einer Aufbesserung der Beamtenbesoldungen und Lehrergehälter mit sich, daß an eine Ermäßigung des geltenden Steuertarifes in absehbarer Zeit nicht ernstlich gedacht werden kann. Tatsächlich stehen die sächsischen Beamten im Vergleich zu ihren Kollegen im Reich und in Preußen erheblich schlechter, und während der ausgiebigen Erörterungen im Landtage wurde von mehr als einer Seite der an sich zweifellos berechtigte Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge über ihre jetzigen Vorlagen zur Besserstellung der Beamten und Lehrer hinausgehen und in die bereits im vorigen Landtage angekündigte organische Neuregelung der Gehälter eintreten. Jeder, der eine klare Einsicht in die Wichtigkeit einer zufriedenen Beamten- und Lehrerschaft für das Gedeihen des Staatsorganismus hat, wird nichts mehr wünschen, als daß eine durchgreifende Besserung in absehbarer Zeit eintreten könnte. Im Vergleich mit diesem Wunsch erscheinen allerdings die Vorschläge der Regierung zur Abhilfe der herrschenden Notlage etwas dürftig, obwohl die Einführung des Dienstaltersstufensystems und die Verdoppelung des Wohnungsgeldzuschusses fraglos einen bedeutenden Schritt vorwärts ausmachen, was unseres Erachtens in den Debatten nicht genügend anerkannt worden ist, so wenig sogar, daß Finanzminister Dr. von Rüger am Montag ausdrücklich betonte, kein Vorwurf sei ungerechter als der, daß der Staat nicht genug für die Beamten täte. Jedes Ding hat eben zwei Seiten und jede Gehaltsaufbesserung erfordert viele Millionen, die aufgebracht sein wollen. Kein denkender Politiker wird dem Finanzminister die Richtigkeit seines Einwandes bestreiten können, als er fragte, ob denn die Beamten die einzigen seien, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu leiden hätten! Er hätte hinzufügen können, daß trotz gewisser unleugbarer Uebelstände die Beamten doch wenigstens im Falle der Krankheit, der Invalidität und des Alters durch ihre Pension versorgt und versichert sind, ein Vorzug, auf den schon Bismarck gelegentlich von Besoldungsfragen immer wieder energisch hingewiesen hat. In den freien Berufen existiert diese beruhigende Rückendeckung für alle die nicht, die kein Vermögen haben und kein so großes Gehalt beziehen, daß sie sich ein, wenn auch kleines, Kapital sparen können: die das können, sind ein verschwindend geringer Prozentsatz. . . . Man denke nur an das Handwerk, das heutzutage nicht mehr den vielgerühmten „goldenen Boden" hat! Gewiß hat der Staat die unbedingte Pflicht, seine Beamten ausreichend zu besolden, aber er hat gleichzeitig auch die Pflicht, auf die vorhandenen Mittel und den Geldbeutel der Steuerzahler gebührend Rücksicht zu nehmen. Und das besonders in einer Zeit, wo man sich auf ein Sinken der bisherigen günstigen Konjunktur gefaßt machen muß! Man hat dem Finanzminister im Laufe der Debatte geraten, eine Erleichterung der Steuerzahler und eine organische Neuregelung der Beamtengehälter dadurch zu ermöglichen, daß zu einer Verlangsamung der Schuldentilgung und zu einem Verzicht auf Verwendung der Ueberschüsse aus dem 3prozentigen Steuerzuschlag zur Tilgung der Staatsschulden gegriffen würde — der Minister hat sich beiden Vorschlägen ablehnend gezeigt: dem letzteren steht eine gesetzliche Verpflichtung gegenüber und die Verlangsamung der Schuldentilgung stößt auf die allerschwersten Bedenken. Der Finanzminister wies mit Recht darauf hin, daß es ein „Staatsbedürfnis allerersten Ranges" ist, die Schulden nicht anwachsen zu lassen, sondern möglichst herabzudrücken. Wenn irgendwo, so gilt für die Feststellung des Etats angesichts der heutigen Wirtschaftslage das Wort: providentiae memor! Und darnach möge man handeln. . . .

Wenn man die Etatverhandlungen in Summa noch einmal am geistigen Auge vorüberziehen läßt, so dürften von allgemeinem Interesse wohl noch die bezüglich Einführung der 4. Wagenklasse an Sonntagen geäußerten Wünsche sein, denen seitens der Staatsregierung — wenn auch mit einigen Vorbehalten — wohlwollende Erwägung zugesagt wurde. Der „Clou" der vergangenen Tage war aber der Kampf um die angebliche „**Nebenregierung**", der besonders von nationalliberaler Seite provoziert wurde, obwohl Dr. von Rüger mit ausdrücklicher vorheriger Billigung des Grafen Hohenthal namens der Regierung die Erklärung abgegeben hatte, daß die Behauptungen des Legationsrats von Nostitz-Wallwitz jeglicher Begründung entbehren. Außerdem versicherte Graf Hohenthal am Dienstag ganz ausdrücklich, daß, „solange er an der Spitze des Ministeriums des Innern stehen werde, er keinerlei Nebenregierung dulden werde, weder in der Form einer unberechtigten Einwirkung, noch in der Form des abgekürzten Verfahrens". Was man über diese Erklärungen hinaus noch für Versicherungen fordert, ist nicht recht verständlich: das Verlangen danach kann doch wohl nur der Enttäuschung darüber entspringen, daß es mit einem „schönen Agitationsstoff" gegen die konservative Partei endgültig vorbei ist. Im Interesse der loyalen Verständigung bei den kommenden Beratungen über die Wahlrechtsvorlage wäre es wirklich angebracht, daß man über diesen Punkt endlich zur Tagesordnung überginge und Angriffe à la Langhammer unterblieben, denn sie können höchstens Erbitterung schaffen, was unter allen Umständen vermieden werden muß. Für die konservative Fraktion erübrigt sich nach der Regierungs-Erklärung die angekündigte Interpellation über die „Nebenregierung", und wenn Herr Langhammer durchaus Genaueres wissen will, so steht ihm ja frei, seinerseits die Regierung deswegen zu interpellieren: mehr wird dabei jedenfalls auch nicht herauskommen.

Eine andere Frage, die mit der Affäre Nostitz-Wallwitz zusammenhängt, wird von der „Deutschen Tageszeitung" aufgeworfen. Sie meint, wenn ein Beamter derartig „rektifiziert und desavouiert" worden sei, wie im vorliegenden Falle, so würden gewöhnlich andere Konsequenzen gezogen, als bisher geschehen. Wir meinen, daß man das ruhig der Staatsregierung überlassen kann! Schwerer wiegt schon der Umstand, daß Herr von Nostitz trotz seiner Angriffe auf die Führer der eigenen Partei noch weiter bei ihr geblieben ist. Doch das ist Sache des Gefühls sowohl seitens der konservativen Partei, wie des Herrn von Nostitz, und außerdem — Herr von Nostitz fühlt sich ja bis heute noch nicht schuldig und hat sich bekanntlich bereit erklärt, vor einer Kommission der konservativen Partei den Beweis der Wahrheit für seine Behauptungen anzutreten. Wie es aber mit dieser Bereitwilligkeit, sich vor der Partei zu rechtfertigen, bestellt ist, geht aus den Bedingungen hervor, unter denen sich der vielgenannte Legationsrat der Kommission stellen wollte: Verpflichtung zu absoluter Verschwiegenheit über die Verhandlungen und Zusammensetzung der Kommission aus lauter ihm hold gesinnten Männern. Angesichts dieses Umstandes fragte der konservative Abgeordnete Ulrich-Chemnitz in seiner in mehr als einer Hinsicht sehr beachtenswerten, von frischem Geist durchwehten Dienstag-Rede treffend, wie es bei Annahme solcher „Bedingungen" die konservative Partei hätte anfangen sollen, das Geheimnis des Herrn von Nostitz in die Oeffentlichkeit zu bringen? Mit solcher Farce wäre der Sache nicht gedient gewesen; „hat Herr von Nostitz seine Anklagen öffentlich erhoben" — so führte der Abgeordnete Ulrich in klarster Weise aus — „so muß er sie dann auch öffentlich begründen". Ob der Legationsrat das jetzt tun wird, wissen wir nicht; aber gut wäre es, wenn nun endlich reiner Tisch gemacht würde, damit das Gerede von der Nebenregierung endlich zu Nutz und Frommen des guten Einvernehmens unter den Parteien und zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in der Versenkung verschwände.

„Monte Christo" der beste Blutwohl! für allen Nahrungsmittel-Geschäften erhältlich.

Neueste Drahtmeldungen vom 12. November.

Das Kaiserpaar in England.

Windsor. Nach dem Diner gestern abend fand ein **Cercle** statt, an dem auch Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman und der Staatssekretär des Aeußern Sir Edward Grey teilnahmen, die beide bis Mittwoch im Schlosse verweilen werden. Sir Franc Lascelles und Graf Wolff-Metternich bleiben bis Freitag im Schlosse. Kurz nach 10 Uhr morgens kam Sir Felix Semon zum Schlosse, um Dr. Ilberg seine Aufwartung zu machen. Beide fuhren später im Automobil nach Frogmore, um das Königliche Sanatorium dort zu besichtigen. Der große viereckige Hof des Schlosses, um den die königlichen Gemächer liegen, bietet einen lebhaften Anblick. Die Herrschaften nahmen heute das Aufziehen der Wache von ihren Fenstern aus in Augenschein. Kurz vor 11 Uhr fuhren zwei geschlossene königliche Automobile in den Hof und hielten vor der königlichen Pforte. Hier stieg König Eduard ein, ließ sich zum Hauptportal fahren, wo der Kaiser und der Herzog von Connaught zu ihm stiegen. Die Herrschaften fuhren zur Flämischen Farm im Walde von Windsor, wo der Prinz von Wales, Prinz Artur von Connaught und Prinz Christian von Schleswig-Holstein sie erwarteten. Später kam auch die Kaiserin mit der Herzogin von Albany und dem Fürsten Alexander von Teck.

Windsor. Der Nebel verschwand heute früh vollständig und die von blauem Himmel scheinende Sonne ließ den in Herbstfarben prangenden Wald von Windsor wie ein Märchenland erscheinen. Nach einer im Parke